

Wölbitsch/Schwarz ad Czernohorszky: Gegen Radikalisierung an Wiens Schulen ist weiterhin niemand erreichbar

Utl.: SPÖ Wien bei Kopftuchverbot gespalten - Mädchen dürfen nicht zum Kopftuch gezwungen werden - Radikalisierungs-Hotline funktioniert nicht =

Wien (OTS) - „Mädchen dürfen nicht gezwungen werden Kopftuch zu tragen. Daher ist die Initiative der Bundesregierung vollkommen richtig und zu begrüßen“, erklären heute Stadtrat Markus Wölbitsch und ÖVP Wien Bildungssprecherin Sabine Schwarz. Eine Initiative, die Anfang des Jahres von der SPÖ-LandesparteiSekretärin in zahlreichen Interviews eingefordert wurde. Der zuständige Bildungsstadtrat Czernohorszky lehnt das Kopftuchverbot in einem heutigen „Presse“-Interview jedoch ab. „Offensichtlich ist die Wiener SPÖ nach wie vor gespalten und findet bei diesem Thema keine einheitliche Linie“, so Wölbitsch und weiter: „Kinder müssen vor Symbolen und Kleidungsstücken mit problematischen politischen, religiösen oder weltanschaulichen Hintergründen geschützt werden.“

Gerade am „Tag der Kinderrechte“ sollte sich die rot-grüne Stadtregierung gegen Radikalisierung und Islamisierung sowie für das Kopftuchverbot an Schulen einsetzen. Tatsache ist jedoch, dass selbst die von der Stadt eingerichtete Hotline für Lehrerinnen und Lehrer gegen Radikalisierung und Islamisierung an Wiens Schulen teilweise nicht besetzt ist. „Gegen Radikalisierung und Islamisierung an Wiens Schulen ist bei Rot-Grün weiter niemand erreichbar“, so Wölbitsch. „Davon abgesehen handelt es sich bei der Hotline um ein ineffektives rot-grünes Placebo“, so ÖVP-Bildungssprecherin Sabine Schwarz. „Die Lehrerinnen und Lehrer brauchen vor Ort Unterstützungspersonal. Aber Rot-Grün betreibt weiter Realitätsverweigerung und schließt Augen und Ohren vor den vorherrschenden Problemen an Wiens Schulen.“

Die Stadtregierung verspricht seit Jahren 100 zusätzliche Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter. „Passiert ist bis dato leider nur wenig. Aber Lehrerinnen und Lehrer brauchen in Wien externe Unterstützung“, so Schwarz, die darauf verweist, dass die Bereitstellung von Schulpsychologen und Schulsozialarbeitern in den Pflichtschulen Landessache sei. „Rot-Grün bleibt im eigenen Wirkungsbereich untätig und versucht es stattdessen mit haltloser Kritik an der Bundesregierung und Rundumschlägen. Dabei behebt die

Bundesregierung die Fehler der rot-grünen Stadtregierung, wenn
Maßnahmen wie das Kopftuchverbot umgesetzt werden."

~

Rückfragehinweis:

ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien

Michael Ulrich

Leitung Kommunikation

+43 650 6807609

michael.ulrich@wien.oevp.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/10164/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0111 2018-11-20/11:17

201117 Nov 18

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181120_OTS0111